

Leserbrief

Gespart oder umverteilt - auf jeden Fall am falschen Ort

«Die Spitex wird nun selber zum
Pflegefall» - FN 6. Juli

Seit 2011 gibt es eine neue Pflegefinanzierung, und die Spitex – ob öffentlich oder privat – läuft dem Geld hinterher, weil sie unterfinanziert ist. Und nun noch diese Hiobsbotschaft vom Bundesrat, der die Beiträge der Krankenkassen an die Spitex um 3,6 Prozent senken will. Wird hier «neo-liberal» gespart? Wohl kaum, denn im Gesetz steht, dass die Restkosten von der öffentlichen Hand zu bezahlen sind. Das klappt gemäss Evaluationsbericht zur Pflegefinanzierung aber auch 2018 in einigen Kantonen noch nicht so richtig. Dass diese (und zum Teil auch die Gemeinden) die restlichen Kosten der Spitex decken müssen, die nicht durch die Krankenkassen bezahlt werden, führt dazu, dass unter dem Strich nichts gespart wird. Statt nach dem Verursacherprinzip ehrlich aufzuzeigen, wie die Gesundheitskosten Jahr für Jahr steigen, zieht der Bundesrat eine Lösung vor, die umverteilt. Wenn Kantone und Gemeinden zahlen müssen, heisst das ganz einfach, dass die Steuerzahler zur Kasse gebeten werden und in der Gesellschaft Geld umverteilt wird. Das ist zwar sozial, aber nicht unbedingt zielführend.

Wäre es nicht ehrlicher, die Prämien steigen zu lassen und der Bevölkerung damit zu zeigen, wie viel die Gesundheit kostet, und diejenigen mit Verbilligungen zu unterstützen, die es benötigen? Auf jeden Fall ist es falsch, bei der Spitex zu sparen, die nur für 3 Prozent

«Wäre es nicht
ehrlicher, die Prämien
steigen zu lassen und
der Bevölkerung
damit zu zeigen, wie
viel die Gesundheit
kostet?»

der Gesundheitskosten der Schweiz verantwortlich ist.

Zu Hause – meistens mithilfe der Angehörigen und der Spitex – betreut und gepflegt zu werden, ist sinnvoller, als Betroffene in Institutionen zu platzieren, wenn es nicht notwendig oder von diesen gewünscht ist. Die Spitex leistet einen grossen Beitrag zur Lebensqualität alter, kranker und behinderter Menschen und verdient deshalb eine zukunftsweisende Finanzierung. Jetzt ist es wohl am Parlament, entscheidend zu handeln.

**Markus Reck, Freiburg, Direktor von
Spitex für Stadt und Land AG**